

Rückenwind für Bürgerinitiative

Von Henning Wandel

Minden-Meißen

(mt). Schon heute sind die Meißener besonders stark vom stetig zunehmenden Verkehr betroffen: Zehntausende Fahrzeuge sind täglich auf den angrenzenden Bundesstraßen unterwegs – häufig auch mit Autobahngeschwindigkeit. Kein Wunder also, dass der geplante Neubau einer Bahntrasse für Hochgeschwindigkeitszüge bei einer Bürgerversammlung in der Alten Schule auf breite Ablehnung trifft.

Die Bürgerinitiative Bigtab gibt dem Nein aus der Bevölkerung ein Forum. Dabei weiß der Vorsitzende Thomas Rippke nicht nur die Anwohner auf seiner Seite. Auch die Politik ist quer durch alle Fraktionen Teil des Protestes, verspricht sogar, sich zu dessen Motor zu machen. Tatsächlich hat sich seit der Vorstellung des Projekts im Bundesverkehrswegeplan noch keine Stimme zu Wort gemeldet, die sich für den Neubau zwischen Porta Westfalica und Bückeberg stark gemacht hätte. Stattdessen hagelt es auch an diesem Abend vor gut 100 Zuhörern Vorwürfe gegen das Bundesverkehrsministerium. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Achim Post bezeichnet den Plan als ökologisch schädlich und verkehrspolitisch überflüssig: „Ein völlig unsinniges Projekt.“ Zuvor hatte schon der Ortsvorsteher Günter Gäbler dazu aufgerufen, kämpferisch zu sein. Rippke ist auf eine eher leise Art kämpferisch. Obwohl die knapp bemessene Zeit für die Beteiligung der Öffentlichkeit schon am 2. Mai ausläuft, bleibt der Bigtab-Vorsitzende betont sachlich. Anders als bei dem ersten eher willkürlichen Versuch, einen Tunnel durch den Jakobsberg zu bohren, sei der aktuelle Plan grundsätzlich gut durchdacht, sagt Rippke. Dennoch sei die Trasse ein bedeutender Eingriff in die Umwelt, den die Bigtab nicht akzeptiert. Zumal nur etwas weiter nördlich eine Strecke existiert, für die bereits die gesetzliche Grundlage für einen Ausbau besteht.

Das vor zwölf Jahren beschlossene Schienenwegeausbaugesetz ist das Stichwort für Lothar Ibrügger. Mit diesem Gesetz habe der Bundestag die Pläne des damaligen Bahnchefs Hartmut Mehdorn stoppen wollen, der den Konzern mit einem Hochgeschwindigkeitsnetz für den Börsengang fitmachen wollte. Doch das Gesetz wurde nie vollzogen. „Darüber ärgere ich mich schwarz“, sagt Ibrügger. An der Bahn liege das nicht, sagt der ehemalige Verkehrsstaatssekretär, es gehe um einen politischen Konflikt. Gäblers Frage nach den Gründen für die Verzögerung beantwortete Ibrügger mit Geldmangel. Kostensteigerungen für damals bereits laufende Projekte hätten die Mittel für neue abgezogen.

Die Lösung kann also auch nur auf der politischen Ebene gefunden werden, mit einem möglichst breiten Konsens. Die SPD-Bundestagsfraktion habe bereits mit Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) gesprochen und auch Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) sei sensibilisiert. Als nächstes werde die SPD-Landesgruppe in Berlin ins Bild gesetzt werden, die Kollegen in Niedersachsen sollen folgen. Von der CDU erhofft sich Post einen ähnlichen Kurs, er hatte sich mit Steffen Kampeter schon unmittelbar nach Bekanntwerden der Pläne für eine gemeinsame Stellungnahme zusammengesetzt. Zusammen haben sie am 29. April einen Termin im Verkehrsministerium. Von NRW-Minister Michael Groschek erwartet Post eine klar formulierte Ablehnung des Projekts. Das Ziel: „Wir wollen einen Ausbau der bestehenden Strecke inklusive Lärmschutz“ – der Neubau soll möglichst schon im Kabinettsbeschluss nach der Sommerpause nicht mehr auftauchen. Den wirtschaftlichen Aspekt brachte Porta Westfalicas Bürgermeister Bernd Hedtmann zur Sprache: Mindens Anbindung an den Fernverkehr sei ein wichtiger Standortfaktor.

Bürgermeister, Parteien, Regionalrat: Über mangelnden Rückenwind kann sich die Bürgerinitiative nicht beklagen. Trotzdem wird Thomas Rippke nicht müde zu betonen, dass jede einzelne Stimme wichtig sei. Viele einzelne Stellungnahmen aus der Region zum Bundesverkehrswegeplan seien ein klares Signal, dass niemand hier die neue Trasse mit ihren Tunneln wolle. Zuletzt hatten sich noch der SPD-Stadtverband und die Linke im Kreis dagegen ausgesprochen. Beide fordern in ihren jeweiligen Erklärungen eine Umsetzung des beschlossenen Ausbaus der bestehenden Trasse. Die geringe Zeitersparnis stehe in keinem Verhältnis zu den Kosten, zudem dürfe Minden auch mit Blick auf den Regioport nicht abgebunden werden, schreibt die Mindener SPD. Auch die Kreis-Linken pochen auf Umsetzung des gültigen Ausbaugesetzes, um den Lärmschutz zu verbessern und bereits getätigte Investitionen in Naturschutz und Binnenschifffahrt zu sichern.

Die Bigtab kann ihren Rückhalt sogar zählen: Noch im Verlauf des Abends knackte die Initiative auf Facebook die Schwelle von 200 Unterstützern.

Frist für Öffentlichkeitsbeteiligung läuft bereits am 2. Mai aus